

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die ordentliche öffentliche Sitzung des
GEMEINDERATES
am Donnerstag, 17. September 2020, 19:00 Uhr
im Kulturzentrum Neupernstein, Pernsteinsaal

SPÖ-Gemeinderatsfraktion:	Bürgermeisterin Vizebürgermeister Stadtrat Fraktionsobfrau Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderätin	Vera Pramberger als Vorsitzende Mag. Stipo Luketina Ewald Breitwieser Angela Schober Petra Kapeller Dietmar Weidinger Renate Mühlbacher Daniel Radner Ivana Suban-Coric
ÖVP-Gemeinderatsfraktion:	Stadtrat Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderätin Gemeinderätin Gemeinderat	Karl Öllinger-Luwy Michael Mader Ing. Manfred Rumzucker Elisabeth Goppold-Lobsdorf Anita Karlhuber Mag. Wolfgang Dilly, LL. M.
FPÖ-Gemeinderatsfraktion:	Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderat Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderat	Günter Schachner Mag. iur. Christoph Colak Klaus Hinterer Doris Kobler Walter Leitner André Schachner
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion:	Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderätin Gemeinderat	Gerhard Holzinger Nikolaus Mitterhuber Maria Cech Mustaf Shabani
Vom Stadtamt:	Amtsleiterin BauAtlg.-L ⁱⁿ	Mag. ^a Astrid Ruess-Prager Renate Wurmhöringer

SITZUNGSVERLAUF:

Der Vorsitzende eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt fest, dass

- 1) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde;
- 2) die Verständigung an alle Mitglieder des Gemeinderats per Bereitstellung auf der Intranetseite der Stadtgemeinde zeitgerecht - unter Bekanntgabe der Tagesordnung - erfolgt ist und gleichzeitig an der Amtstafel öffentlich kundgemacht wurde. Die Termine sind aufgrund des jährlichen Sitzungsplans nachweislich zur Kenntnis gebracht worden;
- 3) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- 4) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 07. Mai 2020 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Stadtamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während dieser Sitzung noch zur Einsicht aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Vor Eingang in die Tagesordnung führt die Vorsitzende aus, dass nachstehender Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufgenommen werden soll:

7. **Kinderbetreuungseinrichtungen/Öffnungszeiten:**
 - 7.2. **Krabbelgruppe in der Villa: Änderung der Krabbelstubenordnung**
Beratung und Beschlussfassung

Die Abstimmung darüber ergibt einstimmige Annahme per Handerheben.

TAGESORDNUNG:

1. **Rechnungsabschluss 2019: Prüfbericht der BH**
Kenntnisnahme
2. **Freibad-Buffer/Fehmi Hasani: Ansuchen um einvernehmliche Auflösung des Bestandsvertrages**
Beratung und Beschlussfassung
3. **Land OÖ/Stadtgemeinde Kirchdorf: Abschluss eines Übereinkommens betreffend die Straßenbeleuchtung**
Beratung und Beschlussfassung
4. **WAG: Abschluss einer Vereinbarung betreffend die Anmietung von Parkplätzen im Bereich des Krankenhauses**
Beratung und Beschlussfassung
5. **Bebauungspläne:**
 - 5.1. **Bebauungsplan Woschnagg**
Beschlussfassung durch den Gemeinderat mit Interessenabwägung und Behandlung der eingebrachten Stellungnahmen
 - 5.2. **Bebauungsplan Limberger - Änderung der Legende**
Grundsatzbeschluss - Einleitung des Verfahrens
Beratungen und Beschlussfassungen
6. **Feuerwehr Kirchdorf:**
 - 6.1. **Stadtgemeinde/Feuerwehr: Abschluss einer Abtretungserklärung für Rückforderungsansprüche**
 - 6.2. **Vorplatz: Planung, Ausschreibung und Bauaufsicht - Auftragsvergabe**
 - 6.3. **Finanzierungsplan für das Vorhaben „Atemschutzausrüstung“**
 - 6.4. **Rüstlöschfahrzeug:**
 - 6.4.1. **Finanzierungsplan für das Projekt „Rüstlöschfahrzeug“**
 - 6.4.2. **Ankauf des Fahrzeugs**
Beratungen und Beschlussfassungen
7. **Kinderbetreuungseinrichtungen/Öffnungszeiten:**
 - 7.1. **Kindergarten Hellerwiese: Änderung der Kindergartenordnung**
 - 7.2. **Krabbelgruppe in der Villa: Änderung der Krabbelstubenordnung**
Beratung und Beschlussfassung
8. **Parkgebührenverordnung: Aussetzung der Parkgebühren und Umwandlung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in gebührenfreie Kurzparkzonen mit einer Dauer von 90 Minuten bis 30. November 2020**
Beratung und Beschlussfassung

9. **Gastgärten und Schanigärten: Verzicht auf die Einhebung von Gebühren für den Betrieb von Gastgärten für das Jahr 2020 durch entsprechende Änderung der Verordnung**
Beratung und Beschlussfassung
10. **Bericht aus dem Prüfungsausschuss**
Kenntnisnahme
11. **Bericht der Bürgermeisterin**
12. **Allfälliges**

1. Rechnungsabschluss 2019: Prüfbericht der BH

Die Vorsitzende informiert das Gremium über den vorgelegten Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2019 und wird seitens STR Gerhard Holzinger ersucht, auf die vollinhaltliche Verlesung zu verzichten, da eine Kopie des Berichts über die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2019 bereits jeder Fraktion schriftlich zugegangen ist.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, auf die Verlesung des Berichts über die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2019 zu verzichten.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Ersuchen um Kenntnisnahme (Bürgermeisterin Vera Pramberger):

Die Vorsitzende ersucht den Gemeinderat um Kenntnisnahme des Prüfberichtes zum Rechnungsabschluss 2019.

Intern: FinVerw.

➤ Beilage

2. Freibad-Buffer/Fehmi Hasani: Ansuchen um einvernehmliche Auflösung des Bestandsvertrages

Die Vorsitzende führt aus, dass seitens des Buffettiers des Freibads, Herrn Fehmi Hasani aus persönlichen Gründen ersucht wurde, den Vertrag für den Betrieb des Buffets einvernehmlich aufzulösen. Die Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf den Stadtratsbeschluss vom 30. Juni 2020 und unterstreicht sie die positive Beschlussfassung zugunsten des derzeitigen Pächters.

In diesem Zusammenhang legt die Vorsitzende auch die jährliche 10 %ige Umsatzpacht - wie nachstehend angeführt - offen:

- Umsatzpacht 2018: € 7.032,00;
- Umsatzpacht 2019: € 6.943,20;
- Umsatzpacht 2020: € 3.836,40.

Wechselrede:

- ✧ GemR André Schachner spricht sich gegen die einvernehmliche Auflösung des Pachtvertrags aus, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass ein neuer Pächter/eine neue Pächterin nur sehr schwer zu finden sein wird.
- ✧ ÖVP-Fraktionsobmann Ing. Manfred Rumzucker meint, dass zwar Verträge tunlichst eingehalten werden sollen, spricht sich aber trotzdem für die Auflösung aus, da es auch nicht sinnvoll ist einen unzufriedenen Buffettier weiter zu beschäftigen. Die Vorsitzende merkt dazu an, dass nach Beschlussfassung über eine einvernehmliche Auflösung eine ehestmögliche Ausschreibung in den regionalen Medien (Gemeindezeitung, Kino, Luwy-TV, etc.) erfolgen soll.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der einvernehmlichen Auflösung des bestehenden Pachtvertrags für den Betrieb des Buffets im Kirchdorfer Freibad die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, Annahme mit 24 JA-Stimmen (SPÖ-Fraktion, ÖVP-Fraktion, GRÜNE-Fraktion, STR Günter Schachner, FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph

Colak, GemR Klaus Hinterer, GemRⁱⁿ Doris Kobler, GemR Walter Leitner) und 1 Stimmenthaltung (GemR André Schachner) durch Handerheben.

Intern: HV

➤ Beilage

3. Land OÖ/Stadtgemeinde Kirchdorf: Abschluss eines Übereinkommens betreffend die Straßenbeleuchtung

Die Vorsitzende verweist auf den beiliegenden Entwurf des Übereinkommens betreffend die Straßenbeleuchtung und führt sie hierzu aus, dass seitens des Landes die Beleuchtungsanlage entlang der B 138 Pyhrnpass Straße (km 32,280 bis km 34,400) errichtet wurde, jedoch die Verpflichtung seitens der Stadtgemeinde besteht, diese Straßenbeleuchtungsanlage zu erhalten bzw. instand zu setzen. Im Detail verweist die Vorsitzende auf den Entwurf dieses gegenständlichen Übereinkommens, welcher einen integralen Bestandteil des Protokolls bildet.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der gegenständlichen Vereinbarung betreffend die Straßenbeleuchtungsanlage entlang der B 138, Pyhrnpass Straße (km 32,280 bis km 34,400) die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: BauAbtlg.; HV

➤ Beilage

4. WAG: Abschluss einer Vereinbarung betreffend die Anmietung von Parkplätzen im Bereich des Krankenhauses

Die Vorsitzende führt aus, dass wiederholt seitens der Bewohner*innen der WAG (Hausmanningstraße) angefragt wurde, ob es möglich wäre, am Areal im Bereich des Krankenhauses Kirchdorfs zugeordnete Parkplätze gegen ein jährliches Entgelt anzumieten. Weiters berichtet die Vorsitzende, dass in diesem Zusammenhang Gespräche mit Vertretern der WAG geführt wurden und ein Entwurf für einen möglichen Vertrag zur Anmietung der Parkplätze ausgearbeitet wurde. Die Vorsitzende erläutert auszugsweise die Eckpunkte des gegenständlichen Vertragsentwurfs und verweist sie insbesondere auf den beiliegenden Planentwurf bezüglich der verpachtenden 13 Parkplätze.

Wechselrede:

- ✧ STR Günter Schachner spricht sich gegen die Verpachtung der Parkplätze aus und befürchtet er den dauerhaften „Verlust“ dieser für Patient*innen und Besucher*innen dringend, notwendigen kostenlosen Parkplätze.
- ✧ GRÜNE-Fraktionsobmann Klaus Mitterhuber unterstreicht die Wichtigkeit dieser Parkplätze in Bezug auf eine mögliche Gestaltung im Rahmen eines Verkehrskonzepts und zählt - seiner Meinung nach - es nicht zu den Aufgaben einer Stadtgemeinde, den Wohnungs-Mieter*innen der WAG kostenpflichtige Parkplätze zur Verfügung zu stellen.
- ✧ GemRⁱⁿ Maria Cech spricht sich gleichfalls gegen eine Verpachtung der Parkplätze aus, da auch Bedacht auf Friedhofbesucher*innen genommen werden muss; außerdem warnt sie vor Folgewirkungen, da es auch andere Mieter*innen gibt, welche auch Bedarf an Parkberechtigungskarten hätten.
- ✧ STR Karl Öllinger-Luwy stimmt mit der Meinung seines Vorredners Klaus Mitterhuber überein und ist es auch nach dessen Auffassung nicht Sache der Gemeinde, Parkplätze für Private zu schaffen. Die Parkplätze im Bereich des Krankenhauses stellen zudem eine wichtige Ausweichmöglichkeit bei Veranstaltungen dar.

- ✧ FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak sieht den finanziellen Nutzen für die Stadtgemeinde durch die Verpachtung der 13 Parkplätze nicht, da dieses Areal überwacht wird und bei Überschreiten der verordneten Parkdauer ein Parkstrafe iHv € 30 zu entrichten ist.
- ✧ STR Michael Mader teilt die Meinung seiner Vorredner nicht und ist für ihn das Interesse der Kirchdorfer Bewohner*innen völlig nachvollziehbar. Außerdem verweist er auf die vorerst 3-jährige Laufzeit des gegenständlichen Bestandsvertrags.
- ✧ GemRⁱⁿ Doris Kobler meint, dass in Kirchdorf ohnehin schon Parkplatz-Mangel besteht und sich auch jeder Mieter/jede Mieterin, welche in den WAG-Bauten einen Mietvertrag einget, sich dessen bewusst sein muss.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem Bestandsvertrag mit der WAG betreffend die Anmietung der 13 Parkplätze die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche Ablehnung des Antrags mit 12 JA-Stimmen (BGMⁱⁿ Vera Pramberger, Vize-BGM Mag. Stipo Luketina, SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober, STR Ewald Breitwieser, GemRⁱⁿ Petra Kapeller, GemR Dietmar Weidinger, GemRⁱⁿ Renate Mühlbacher, GemR Daniel Radner, GemRⁱⁿ Ivana Suban-Coric; STR Michael Mader, GemR Mag. Wolfgang Dilly, LL.M., GemRⁱⁿ Elisabeth Goppold-Lobsdorf), 12 Gegenstimmen (STR Karl Öllinger-Luw, ÖVP-Fraktionsobmann Ing. Manfred Rumzucker, GemRⁱⁿ Anita Karhuber; STR Günter Schachner, FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak, GemR Klaus Hinterer, GemRⁱⁿ Doris Kobler, GemR Walter Leitner, GemR André Schachner; GRÜNE-Fraktionsobmann Klaus Mitterhuber, GemRⁱⁿ Maria Cech, GemR Mustaf Shabani) sowie 1 Stimm-Enthaltung (STR Gerhard Holzinger) durch Handerheben.

Intern: HV → Info an WAG, BauAbtlg.

➤ Beilage

5. Bebauungspläne:

5.1. Bebauungsplan Woschnagg

Beschlussfassung durch den Gemeinderat mit Interessenabwägung und Behandlung der eingebrachten Stellungnahmen

Die Vorsitzende übergibt das Wort an den Obmann des Ausschusses für Wirtschaft und Planung, Herrn STR Karl Öllinger-Luw und führt dieser aus, dass seitens sämtlicher Planungsinteressenten keine Einwände bzw. folgende Stellungnahmen abgegeben wurden und die Frist zur Einbringung von Anregungen und Einwendungen nunmehr abgelaufen ist.

„.....Von Seiten der Netz Oö Erdgas, Netz Oö Strom, der WKOOÖ und der Wildbach- und Lawinenverbauung wurden gegen den geplanten Bebauungsplan keine Einwände erhoben.

Vom Büro Machowetz wurde das Ortskanalnetz hydraulisch überrechnet. Da es zu einer Trennung bei Schmutz- und Regenwasserableitung kommt, bestehen seitens des Kanalprojektanten gegen die Einleitung der Schmutzwässer in das gemeindeeigene Kanalsystem keine Einwände.

Seitens des Amtes der Oö Landesregierung wurden die naturschutzfachliche Stellungnahme des BBA Wels (keine Einwände), die forstfachliche Stellungnahme der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf (oberste, bewohnte Vollgeschoße in stahlbetonbauweise errichten) und die Stellungnahme der Abteilung Wasserwirtschaft (textliche Ergänzung hinsichtlich Ableitung von Oberflächenwässern) vorgelegt. Die notwendigen Abänderungen bzw. Berücksichtigungen (Forst- und Wasserwirtschaft) werden in den Bebauungsplan eingepflegt.

Von den übrigen Planungsinteressenten (A1 Telekom Austria, Energie AG Fernwärme, Gemeinde Schlierbach, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Landwirtschaftskammer, Luwy-TV, Marktgemeinde Micheldorf, OÖ Umweltschutz und Reinhaltungsverband Oberes Kremstal wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Aufgrund der Verständigung der Betroffenen (Anrainer) wurden innerhalb der 4-Wochen-Frist folgende Anregungen eingebracht:

Von den Eigentümern der Liegenschaften: 226/4, 226/3, 226/2, 257/9, 257/5, 257/7, 257/1, 255/1 je KG Kirchdorf sowie der Liegenschaften: 220/1, 220/4, 220/6 und 220/5 je KG Untermicheldorf wurde eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben.

Zusammenfassend wird darin die Notwendigkeit einer weiteren Bebauung infrage gestellt. Weiters wird die Errichtung eines Gehsteiges zur Sicherheit der Fußgänger entlang der Th. Haas-Straße gefordert. Auch ist aus ihrer Sicht ein angepasstes Verkehrskonzept erforderlich.

Dem Hinweis, dass es sich beim betroffenen Grundstück um ein ausgewiesenes Rutschgebiet handelt, muss entgegengehalten werden, dass die Fläche in der Gefahrenhinweiskarte für gravitative Massenbewegungen nicht als geogenes Risiko ausgewiesen ist. Ungeachtet dessen wurde im Erhebungsbogen für das Amt der OÖ Landesregierung auf eine Gefährdung durch Hangwasser hingewiesen. Es gibt bereits geologische Gutachten, welche im Falle der Bebauung berücksichtigt werden müssen.

Die Anrainer befürchten, dass die Stadtgemeinde hinsichtlich Ableitung von Oberflächenwässern, Kanalkapazitäten, Wasserversorgung und Fernwärme bzw. der Finanzierung der Infrastruktur bei der Bebauungsplan-Erstellung zu wenig Bedacht genommen hat. Diese Punkte wurden seitens der Stadtgemeinde jedoch bereits zu Beginn des Verfahrens abgehandelt. Die Ableitung der Oberflächenwässer in den Bach mittels Retention wird von der Wasserrechtsbehörde vor Erteilung einer Baubewilligung geprüft bzw. bewilligt.

Um die Bauphase für die Anrainer*innen erträglicher zu machen, wird die Errichtung einer Behelfsstraße während der Bauzeit angeregt.

Zum Vorwurf, nicht von der Umwidmung informiert worden zu sein, wird festgehalten, dass diese Umwidmung Teil der generellen Flächenwidmungsplanerstellung war und in diesem Fall die Anrainer nicht persönlich informiert, sondern die Möglichkeit der Planeinsicht allgemein publiziert wurde (Amtstafel, Homepage, Gemeindezeitung).

Das Gebiet ist als Wohngebiet ausgewiesen und es sind hier gewerbliche Nutzungen, welche der Befriedigung des täglichen Bedarfes dienen und in dieser Widmung rechtlich möglich sind, erlaubt. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist für Bauten dieser Art und Größenordnung nicht erforderlich. Die eingereichte gemeinschaftliche Stellungnahme wurde auch von nicht Betroffenen im weiteren Umkreis der Woschnagg-Gründe unterstützt, diesen steht jedoch im Verfahren keine Stellungnahme zu.

Die Eigentümerin der Liegenschaft 257/5 hat zusätzlich eine eigene Anregung abgegeben und sie ersucht die Stadtgemeinde aufgrund des zu erwartenden hohen Verkehrsaufkommens um Aufstellung eines Verkehrsspiegels für ihr Objekt in der Th. Haas-Straße 24.

Seitens Eigentümerin der Liegenschaft 231/2 + 231/3, wurde nach Ablauf der Frist (verspätet eingelangt am 02.07.2020) ebenfalls eine Anregung abgegeben, welche auf eine Verringerung der Geschosßanzahl und eine Verschiebung der Baufluchtlinie jeweils hinsichtlich Parkgarage hinweist. Die Lebensräume regen einen Mindestabstand von 8 m zur Grundgrenze ihrer Mehrparteienhäuser an....“

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die Bürger*innenfragestunde, welche im Vorfeld dieser Gemeinderatssitzung stattgefunden hat und führt sie aus, dass im Rahmen des Infrastrukturvertrags € 1,2 Millionen für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen sind und ein Verkehrskonzept für den Bereich Krankenhaus/Theodor Haas-Straße insbesondere auch die Gehsteig- und

Zufahrtsituation zu den sog. „Woschnagg-Gründen“ ausgearbeitet werden soll, idealerweise soll ein Gesamtverkehrskonzept für das Kirchdorfer Gemeindegebiet erstellt werden. Im Detail verweist die Vorsitzende auf den beiliegenden Amtsvortrag, erstellt von BALⁱⁿ Renate Wurmhöringer, welcher einen integralen Bestandteil des gegenständlichen Protokolls bildet.

Die Vorsitzende erteilt weiters der BALⁱⁿ Renate Wurmhöringer das Wort und erläutert die Bauamtsleiterin die Begriffe „Bebauungsplan“ und „Baubewilligungen“ näher und weist sie darauf hin, dass durch den Bebauungsplan eine mögliche Bebauung näher determiniert wird. Nachbarschaftseinwendungen können daher erst im nachfolgenden Baubewilligungsverfahren berücksichtigt werden, jedoch besteht innerhalb des gesetzlichen Rahmens keine Verpflichtung, Anregungen der Anrainer*innen bescheidmässig vorzuschreiben. Die Bauamtsleiterin unterstreicht jedoch das Bemühen seitens der Stadtgemeinde, Anregungen der Anrainer*innen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Sie ersucht alle Anrainer*innen, alle Einwendungen und Anträge im abzuwickelnden Baubewilligungsverfahren neuerlich einzubringen.

Wechselrede:

- ✧ STR Gerhard Holzinger unterstreicht, dass es für die Stadtgemeinde ein wichtiges Anliegen ist ein Verkehrskonzept, besonders im Bereich des Krankenhauses bzw. in der Theodor Haas-Straße auszuarbeiten und wird darauf ein spezielles Augenmerk gelegt.
- ✧ ÖVP-Fraktionsobmann Ing. Manfred Rumzucker führt aus, dass es nachvollziehbar ist, dass dieses Gebiet einer Bebauung zugeführt wird und es jedem Eigentümer eines solchen Bebauungsgebiets zugestanden werden muss, sein Eigentum zu „ver“bauen. Er stimmt jedoch mit den Anrainer*innen überein, dass die Bauphase und die damit verbundenen Einschränkungen so kurz und schonend wie möglich gestaltet werden soll. Anregungen der Anrainer*innen sollen jedenfalls Berücksichtigung finden.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die Zustimmung zum Genehmigungsverfahren für den Bebauungsplan „Woschnagg“ - wie oben dargelegt - zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, Annahme mit 23 JA-Stimmen (SPÖ-Fraktion, ÖVP-Fraktion, FPÖ-Fraktion, STR Gerhard Holzinger, GRÜNE-Fraktionsobmann Nikolaus Mitterhuber) und 2 Gegenstimmen (GemR Mustaf Shabani, GemRⁱⁿ Maria Cech) durch Handerheben.

Intern: BauAbtlg.

➤ Beilage

5.2. Bebauungsplan Limberger - Änderung der Legende

Grundsatzbeschluss - Einleitung des Verfahrens

Die Vorsitzende führt aus, dass im Rahmen eines Ansuchens um Errichtung eines Wintergartens evident wurde, dass die Legende beim Bebauungsplan „Limberger“ derart geändert werden soll:

5.

6.

7. Garagen und Nebengebäude „sowie Wintergärten“ laut Bauordnung.

Im Detail verweist die Vorsitzende auf den beiliegenden Amtsvortrag, erstellt von BALⁱⁿ Renate Wurmhöringer, welcher einen integralen Bestandteil des gegenständlichen Protokolls bildet.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Einleitung des Verfahrens zur Änderung der Legende beim Bebauungsplan „Limberger“ die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: BauAbtlg.

➤ Beilage

6. Feuerwehr Kirchdorf:

6.1. Stadtgemeinde/Feuerwehr: Abschluss einer Abtretungserklärung für Rückforderungsansprüche

Die Vorsitzende verweist auf das Formblatt für Abtretungserklärung und führt sie aus, dass möglicherweise aufgrund von Kartellabsprachen Rückforderungsansprüche seitens der Stadtgemeinde bei Feuerwehrfahrzeugen bestehen können.

Die wesentlichen Punkte der gegenständlichen Abtretungserklärungen werden sodann zur Diskussion gestellt.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Abtretungserklärung für Rückforderungsansprüche in Bezug auf Feuerwehr-Fahrzeuge die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: HV

➤ Beilage

6.2. Vorplatz: Planung, Ausschreibung und Bauaufsicht - Auftragsvergabe

Die Vorsitzende führt aus, dass seitens der KMP ZT-GmbH das Angebot für die Planungs- und Bauaufsichtsleistungen für die Sanierung des Feuerwehrvorplatzes übermittelt wurde. Im Detail verweist die Vorsitzende auf die beiliegenden Unterlagen, welche einen integralen Bestandteil des gegenständlichen Protokolls bilden. Die Kosten für die Planung, Ausschreibung und Bauaufsicht belaufen sich auf einen Betrag iHv € 34.724,50 netto (€ 41.669,40 brutto).

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die Planung, Ausschreibung und Bauaufsicht für die Sanierung des Feuerwehrvorplatzes entsprechend des vorliegenden Kostenvoranschlags € 34.724,50 netto (€ 41.669,40 brutto) an die Firma KMP ZT-GmbH zu vergeben.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: BauAbtlg. → A, FinVerw.

➤ Beilage

6.3. Finanzierungsplan für das Vorhaben „Atemschutzausrüstung“

Die Vorsitzende führt aus, dass nunmehr der Finanzierungsplan für das Projekt „Atemschutzausrüstung“ vorliegt und stellt sich die Finanzierung – wie nachstehend angeführt - dar:

Finanzierungsmittel	2020	Gesamt (in Euro)
LFK - Zuschuss	1.660	1.660
Landesmittel - Sicherheitspaket	2.767	2.767
BZ - Sonderfinanzierung	1.106	1.106
Summe in Euro	5.533	5.533

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem oben dargelegten Finanzierungsplan für das Projekt „Atemschutzausrüstung“ die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: FinVerw.

➤ Beilage

6.4. Rüstlöschfahrzeug:

6.4.1. Finanzierungsplan für das Projekt „Rüstlöschfahrzeug“

Die Vorsitzende führt aus, dass nunmehr der Finanzierungsplan für das Projekt „Rüstlöschfahrzeug“ vorliegt und stellt sich die Finanzierung – wie nachstehend angeführt - dar:

Finanzierungsmittel	2021	2022	Gesamt (in Euro)
Bankdarlehen	180.500		180.500
Eigenmittel der Gemeinde	90.250		90.250
LFK-Zuschuss - Normfahrzeug	50.540		50.540
BZ - Projektfonds		39.710	39.710
Summe in Euro	321.290	39.710	361.000

Die Vorsitzende ergänzt, dass es sich hier um ein Fahrzeug mit Basisinnenausrüstung handelt und müssen Kosten für eine spezielle Innenausstattung ausschließlich durch die Feuerwehr selbst aufgebracht werden.

Wechselrede:

- ✧ ÖVP-Fraktionsobmann Ing. Manfred Rumzucker erkundigt sich hinsichtlich der Finanzierung des Bankdarlehens und führt hierzu die Vorsitzende aus, dass die Kosten des Bankdarlehens durch die Stadtgemeinde getragen werden müssen.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem oben dargelegten Finanzierungsplan für das Projekt „Rüstlöschfahrzeug“ die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: FinVerw.

➤ Beilage

6.4.2. Ankauf des Fahrzeugs

Die Vorsitzende führt hierzu aus, dass bis zur heutigen Sitzung alle Weichenstellungen hinsichtlich des Ankaufs des „Rüstlöschfahrzeugs“ (Beauftragung über die Bundesbeschaffungsstelle, Parameter für die Ausschreibung eines Darlehens, etc.) vorgenommen wurden, um das Fahrzeug iHv € 437.778,00 für die Feuerwehr Kirchdorf anzukaufen. Im Detail verweist die Vorsitzende auf die beigefügten Unterlagen, welche einen integralen Bestandteil

des gegenständlichen Protokolls bilden. Der Finanzierungsplan beläuft sich auf den davon förderbaren Betrag von € 361.000.

Der Differenzbetrag zwischen dem tatsächlichen Preis iHv € € 437.778,00 und dem förderbaren Betrag iHv € 361.000,00 wird durch Rücklagen der Gemeinde gedeckt.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem Ankauf des „Rüstlöschfahrzeugs“ die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: FinVerw., HV → A über BBC

➤ Beilage

7. Kinderbetreuungseinrichtungen/Öffnungszeiten:

7.1. Kindergarten Hellerwiese: Änderung der Kindergartenordnung

Die Vorsitzende bringt dem Gremium das E-Mail der Kindergartenleiterin Lydia Ballenstorfer MA zur Kenntnis, wonach einige Familien einen Kindergarten-Beginn ab 6:45 Uhr benötigen. Die letzte ¼ Stunde wird jedoch seitens der Eltern selten in Anspruch genommen. Es wäre daher sinnvoll, die Öffnungszeiten zu adaptieren und die Betreuungszeiten von Montag bis Freitag von 06:45 bis 16:45 Uhr anzubieten.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die Öffnungszeiten im Kindergarten Hellerwiese entsprechend des beiliegenden Entwurfs (von Montag bis Freitag von 06:45 bis 16:45 Uhr) zu ändern und die Kindergartenordnung entsprechend zu adaptieren.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: HV → KiGa Hellerwiese, HV → VO anschlagen

➤ Beilage

7.2. Krabbelgruppe in der Villa: Änderung der Krabbelstubenordnung

Die Vorsitzende führt aus, dass bereits im Dezember 2019 Überlegungen hinsichtlich der halbtägigen Führung der „Krabbelgruppe in der Villa“ am Standort des Kindergarten hellerwiese angestellt wurden und wurde dies im Rahmen der Klausur (Jänner 2020) auch so thematisiert.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die Öffnungszeiten in der „Krabbelgruppe in der Villa“ entsprechend dem beiliegenden Entwurf (von Montag bis Freitag bis 13:00 Uhr) zu adaptieren und die Krabbelstubenordnung hinsichtlich des ausschließlichen Halbtagesbetriebs zu ändern.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

Intern: HV → KiGa Hellerwiese, HV → VO anschlagen

➤ Beilage

8. Parkgebührenverordnung: Aussetzung der Parkgebühren und Umwandlung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in gebührenfreie Kurzparkzonen mit einer Dauer von 90 Minuten bis 30. November 2020

Die Vorsitzende führt aus, dass in der letzten Gemeinderatssitzung am 07. Mai 2020 seitens der FPÖ-Fraktion ein Dringlichkeitspunkt bezüglich der Aussetzung der Parkgebühren und Umwandlung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in gebührenfreie Kurzparkzonen mit einer Dauer von 90 Minuten bis 30. November 2020 eingebracht wurde, welche nunmehr zur

Beratung und Beschlussfassung vorliegt und erteilt sie das Wort an den FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak.

Wechselrede:

- ✧ FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak bedankt sich beim Verein Stadtmarketing für die bürgerfreundliche Umsetzung der kostenlosen Parkmöglichkeiten, dennoch vertritt er die Meinung, dass eine Umwandlung in gebührenfreie Kurzparkzonen im Sinne der Bürger*innen umgesetzt werden soll.
- ✧ ÖVP-Fraktionsobmann Ing. Manfred Rumzucker ersucht um breitere Information an die Bürger*innen bezüglich dieser Parkmünzen-Aktion, beispielsweise durch Anbringen von Aufklebern bei der Eingangstür der Geschäfte.
- ✧ SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober unterstreicht, dass seitens der SPÖ-Fraktion keine Zustimmung zu Maßnahmen erteilt wird, welche das Budget noch weiter belasten.
- ✧ FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak führt hinsichtlich der Budgetbelastung an, dass es nicht zu Verlusten für die Stadtgemeinde (mangels Einnahmen) führt, da ja Falschparker*innen bzw. Parker*innen, welche die Parkzeit überziehen, ein Strafmandat iHv € 30 begleichen müssen.
- ✧ STR Karl Öllinger-Luwy erläutert diese flächendeckende Parkmünzenaktion und Verteilung an die Kirchdorfer Geschäfte und kündigt bereits jetzt die Wiederholung der Aktion „Parkeschön“ im Dezember an.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, den Tagesordnungspunkt „Parkgebührenverordnung: Aussetzung der Parkgebühren und Umwandlung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in gebührenfreie Kurzparkzonen mit einer Dauer von 90 Minuten bis 30. November 2020“ abzulehnen.

Die Abstimmung über die Ablehnung des Antrags ergibt vollinhaltliche Annahme durch Handerheben 19 JA-Stimmen (SPÖ-Fraktion, ÖVP-Fraktion, GRÜNE-Fraktion) und 6 Gegenstimmen (FPÖ-Fraktion).

Intern: BauAbtlg.; FinVerw.

➤ Beilage

9. Gastgärten und Schanigärten: Verzicht auf die Einhebung von Gebühren für den Betrieb von Gastgärten für das Jahr 2020 durch entsprechende Änderung der Verordnung

Die Vorsitzende führt aus, dass in der letzten Gemeinderatssitzung am 07. Mai 2020 seitens der FPÖ-Fraktion ein Dringlichkeitspunkt bezüglich der Gastgärten und Schanigärten: Verzicht auf die Einhebung von Gebühren für den Betrieb von Gastgärten für das Jahr 2020 durch entsprechende Änderung der Verordnung eingebracht wurde, welche nunmehr zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt.

Weiters führt die Vorsitzende aus, dass es seitens der Wirtshäuser den sogenannten Gastropass gibt und informiert sie auch über den coronabedingten Einbruch der Kommunalsteuer und der Ertragsanteile. In einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates soll außerdem über die saisonal verlängerten Öffnungszeiten der Gastgärten und Schanigärten beraten werden.

Wechselrede:

- ✧ FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak zieht diesen Antrag namens seiner Fraktion zurück.

Ersuchen um Kenntnisnahme (Bürgermeisterin Vera Pramberger):

Die Vorsitzende ersucht den Gemeinderat um Kenntnisnahme.

Intern: BauAbtlg.

➤ Beilage

10. Bericht aus dem Prüfungsausschuss

Die Vorsitzende übergibt das Wort an den Obmann des Prüfungsausschusses, GemR Mag. Wolfgang Dilly, LL.M. und bringt dieser den Bericht des Prüfungsausschusses dem Gremium des Gemeinderates durch Verlesung zur Kenntnis.

Ersuchen um Kenntnisnahme (Bürgermeisterin Vera Pramberger):

Die Vorsitzende ersucht das Gremium des Gemeinderates um Kenntnisnahme des Berichts des Prüfungsausschuss-Obmannes.

Intern: FinVerw.

11. Bericht der Bürgermeisterin

Die Vorsitzende informiert über

- ✧ die (Sonder-)Gemeinderatssitzung am 30. September 2020, 20:00 Uhr im Kulturzentrum Neupernstein, Pernsteinsaal;
- ✧ den Wechsel in der Führungsebene beim Kirchdorfer Zementwerk und scheidet Herr Matthias Pfütznner per 31. Jänner 2021 aus. Sie unterstreicht dessen Verdienste rund um das Zementwerk und seine Mitarbeiter*innen;
- ✧ die Beweggründe für die heurige vorübergehende Nichteröffnung des Hallenbads und erläutert die Vorsitzende nähere Gesprächsinhalte des „Schulgipfels“;
- ✧ den Abschluss der Sanierungsarbeiten beim ehemaligen Kulturhaus (neuer Name: Treffpunkt);
- ✧ den neuesten Stand betreffend die Sanierung/den Umbau des Pflichtschulzentrums;
- ✧ die angedachten Maßnahmen zur Regelung der unbefriedigenden Parkplatzsituation am „Arbeiterkammerparkplatz“;
- ✧ die Verlegung der Praxis von Dr. Anneliese Kienast gänzlich nach Schlierbach und die Ausschreibung der beiden Kassenstellen als Nachfolger für Dr. Retschitzegger und Dr. Binder;
- ✧ die Besucher*innenanzahl in der heurigen Freibadsaison.

Intern: ALⁱⁿ

12. Allfälliges

- ✧ STR Günter Schachner informiert über
 - den Gastpass und bedankt sich beim Stadtmarketing. Weiters ersucht er um Information bezüglich des Passes an so viele Bürger*innen wie möglich;
 - die Notwendigkeit der Wiederanschaffung der Kältemaschine am Eislaufplatz.
- ✧ GemRⁱⁿ Elisabeth Goppold-Lobsdorf bemängelt die mit Asphalt ausgebesserten Granitplatten am Kirchdorfer Hauptplatz und stimmt die Vorsitzende dieser Kritik zu. Leider besteht keine Alternative zu dieser Ausbesserung und wird sich die Stadtgemeinde leider zeitnahe mit der Sanierung des Hauptplatzes auseinandersetzen müssen.
- ✧ GemR Klaus Hinterer berichtet von sehr vielen lockeren Platten im Bereich der Raiffeisenbank und weist er ausdrücklich darauf hin, dass die Platten im Gehbereich nur in einer 2 cm Stärke ausgeführt wurden.
- ✧ GemRⁱⁿ Doris Kobler
 - ersucht um eine Regelung bezüglich der Familienkartenbesitzer*innen, auch in Anbracht der heurigen coronabedingten Hallenbadschließung;

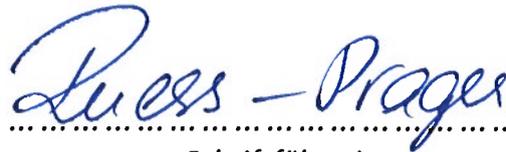
- weiters schildert sie ihre Erfahrungen mit alkoholisierten Jugendlichen im Kirchdorfer Stadtpark und Spendensammlern im Kirchdorfer Stadtgebiet, die teilweise den Mädchen nachpfeifen;
- weiters kritisiert sie die zu laute Beschallung am Simon Redtenbacher-Platz.
- ✧ GemR André Schachner ersucht um die Teilnahme der Stadtgemeinde am SMS-Service des Zivilschutzverbandes.
- ✧ STR Karl Öllinger-Luwy bestätigt die Situation am Kirchdorfer Hauptplatz und rät dazu, umgehend die Exekutive zu kontaktieren.
- ✧ GRÜNE-Fraktionsobmann Klaus Mitterhuber meint, dass die Fassade des „Treffpunkts“ ehemöglichst saniert werden muss.
- ✧ GemRⁱⁿ Petra Kapeller berichtet über die „Alternativen“ aufgrund der nicht möglichen Nutzung des Hallenbads und über die Sommerschule. Es ergeht ein ausdrücklicher Dank seitens der Direktorinnen an den Schulwart Herbert Wurmhöringer und sein Team.

Intern: Bauhof, PSZ-Schulwart

Ende: 21:30 Uhr



.....
Vorsitzende
(Bürgermeisterin Vera Pramberger)

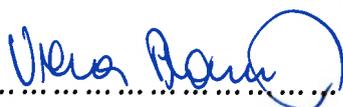


.....
Schriftführerin
(ALⁱⁿ Mag.^a Astrid Ruess-Prager)

BEURKUNDUNG

Die Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift vom 17. September 2020 keine Einwendungen erhoben wurden.

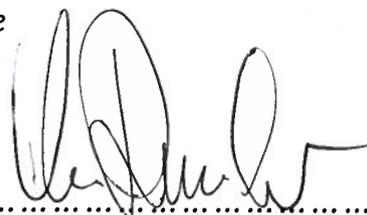
Kirchdorf, am 30. September 2020



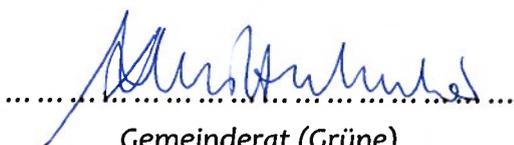
Vorsitzende



Gemeinderat (SPÖ)



Gemeinderat (ÖVP)



Gemeinderat (Grüne)



Gemeinderat (FPÖ)

NIEDERSCHRIFT

über die Fragestunde vor der ordentlichen Sitzung des
GEMEINDERATES

am Donnerstag, **17. September 2020**, 19:00 Uhr
im Kulturzentrum Neupernstein, Pernsteinsaal

Anwesende:

Siehe Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung sowie Beilage der sonstigen Anwesenden

Schriftführerin: Mag.^a Astrid Ruess-Prager

Im Rahmen der Bürger*innenfragestunde begrüßt die Bürgermeisterin Vera Pramberger die Anrainer*innen der sog. „Woschnagg-Gründe“ und insbesondere deren Sprecher, Herrn Karl Hölzl, wohnhaft in der Theodor Haas-Straße.

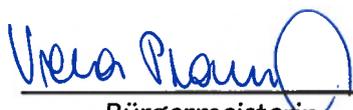
Herr Hölzl bittet die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte um Hilfe für die Anrainer*innen dieses Bauprojekts.

Abgesehen davon, dass es sich bei den „Woschnagg-Gründen“ um den letzten Grünstreifen in Kirchdorf handelt und dieser daher ein Naherholungsgebiet für Kirchdorfer*innen darstellt, hatten auch die Baumaßnahmen rund um den Umbau des ehemaligen „Dutzler-Hauses“ verheerende Auswirkungen für die Bewohner*innen in der Theodor Haas-Straße und „Am Berg“.

Die Verkehrssituation ist für die Bewohner*innen eine Zumutung, geradezu katastrophal, da sowohl Gehsteig, Fahrradstreifen und ein breiter Straßenausbau fehlen.

Karl Hölzl ersucht die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte um Unterstützung sowie um Verhinderung einer weiteren Versiegelung durch dieses geplante Bauvorhaben. Es soll seines Erachtens nach (im Falle der tatsächlichen Projektverwirklichung) der Bauherrschaft unbedingt die Errichtung einer parallelen Schotterstraße vorgeschrieben werden.

Intern: BauAbtlg.


Bürgermeisterin
Vera Pramberger


Schriftführerin
ALⁱⁿ Mag.^a Astrid Ruess-Prager

Wir sind für Sie da:

Montag/Mittwoch/Freitag: 08:00 Uhr – 12:00 Uhr
Dienstag: 08:00 Uhr – 12:00 Uhr und 14:00 Uhr – 18:00 Uhr
Donnerstag: 08:00 Uhr – 14:00 Uhr